

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 66. Ratssitzung vom 28. Oktober 2015

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2015/17 und 2015/19.

1361. 2015/17

Motion der Grüne-Fraktion vom 21.01.2015:

Verhandlung über ein «Trade in Services Agreement (TiSA)», Erklärung der Stadt zur TiSA-freien Zone

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2015/17 und 2015/19.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 660/2015): Seit 2012 wird in Genf im Geheimen eines der gefährlichsten Freihandelsabkommen diskutiert, das wir je gehabt haben. Das internationale «Trade in Services Agreement» (TiSA), soll eine Marktöffnung für sämtliche uns bekannten Dienstleistungen bringen, inklusive des gesamten Service Public. Der freie Zugang der elementaren Leistungen, wird dem freien Markt übergeben. Die Bildung, die Energie, der gesamte Gesundheitsdienst, die Kultur, das Abfallwesen, die Alterspflege, das Trinkwasser, der öffentliche Verkehr, die Post und die Telekommunikation. Dies betrifft Bund, Kanton und Gemeinden gleichermassen. Darüber verhandeln 23 potente Industriestaaten, die zusammen $\frac{3}{4}$ des gesamten weltweiten Dienstleistungsvolumens abdecken. Alle anderen Länder werden faktisch gezwungen nachzuziehen. Gewisse Abkommen, die Inhalt des TiSA sind, waren aber noch nie Bestandteil von Freihandelsabkommen. Auf den sogenannten Negativlisten wird festgehalten, was nicht zum freien Markt gehört. Alle anderen Leistungen, auch kommunale, sind nachher Bestandteil des freien Markts. Sogenannte «Rates Clauses» halten fest, dass das, was einmal auf dem Markt war, immer dort bleibt und nicht mehr zurückgegeben werden kann. Die «Future Clauses» bezeichnen alles, was zukünftig noch entwickelt wird im Service Public als freien Markt. Dann gibt es noch die sogenannte «Stand Still Clause», was bedeutet, dass es keine neue Regelungsdichte gibt, also keine neuen Gesetze mehr. Eine Initiative auf staatlicher Ebene wäre somit nicht mehr möglich. Via TiSA wird indirekt also die direkte Demokratie abgeschafft. Damit Unternehmungen wirklich Macht über den Staat besitzen, soll ein sogenanntes Klagerecht eingeführt werden. Dieses beinhaltet, dass eine private Unternehmung, wenn sie sich im freien Markt beschnitten fühlt, gegen den Staat klagen kann. Durch diverse Anhänge der TiSA, können Punkte auf der Negativliste wieder in Kraft gesetzt werden. Wir wollen mit der Erklärung der Stadt als TiSA-freie Zone, auf der einen Seite ein Zeichen gegen das Vorgehen setzen. Wir fordern mit dem zweiten Postulat auf, den Bundesrat direkt anzufragen, worüber genau verhandelt wird und inwieweit Zürich davon betroffen ist.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Der Stadtrat möchte einen gut funktionierenden Service Public. Eine gut zugängliche und zuverlässige Grundversorgung ist für die Wirtschaft in unserer Stadt essenziell. Die Leistungen des Service Public sollen qualitativ hochstehend sein, kostengünstig und effizient erbracht werden. Darum ist für uns eine dauerhafte oder vollständige Marktöffnung bei wichtigen öffentlichen Gütern wie Gesundheit, Bildung, Energie und öffentlicher Verkehr, nicht erwünscht. Der Service Public muss weiterhin für alle zugänglich bleiben. Die beiden Vorstösse erkennen im TiSA eine Bedrohung des Service Public. Tatsächlich werden zum Teil starke Bindungen und Einengungen verhandelt. Wichtig ist, welche Verpflichtungen die Schweiz bereit wäre einzugehen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), informiert auf seiner Homepage über das Verhandlungsmandat und über die Position der Schweiz. Auch, dass die aussenpolitischen Kommissionen von National- und Ständerat darüber auf dem Laufenden gehalten werden. Die TiSA-Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, unklar ist auch, ob überhaupt ein Abschluss möglich sein wird. Die Schweiz beabsichtigt keine Verpflichtungen einzugehen, wenn gesetzliche Einschränkungen in Bezug auf den Marktzugang bestehen. Falls das Abkommen zustande kommt, wird der Inhalt öffentlich werden. Erst dann wird man etwas über die Auswirkungen sagen können. Ein Beschlussantrag des Parlaments ist der richtige Weg, jedoch ist ein solcher Gegenstand nicht motionabel.*

Markus Hungerbühler (CVP): *Die auswärtigen Angelegenheiten sind Sache des Bundes. Offensichtlich interessiert dies aber die Motionäre nicht. Die Diskussion wird im Parlament auf der falschen Ebene geführt. Wir kennen das Resultat noch nicht, somit führen wir eine Phantomdiskussion. Wir sind in einem demokratischen Rechtsstaat. Wenn der Bund Verträge macht, sind die Regeln klar. Wir können nur am Schluss mit einer allfälligen Volksabstimmung Einfluss darauf nehmen. Das Parlament in Bern kann sich in jedem Fall dazu äussern. Der Bundesrat sagt klar, dass die Schweiz im Bereich der Energie, der öffentlichen Bildung, des öffentlichen Verkehrs oder bei der Post keine Verpflichtungen eingehen wird. Das SECO hat dies auch klar bestätigt. Die Befürchtungen lösen sich somit in Luft auf. Wir lehnen beide Vorstösse ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Jonas Steiner (SP): *Staatliche Regulierungen, die das Interesse der Menschen verteidigen, kommen ungelegen. Jegliche Regeln, die der unbegrenzten Macht der Konzerne im Weg stehen, müssen um jeden Preis aus dem Weg geräumt werden. Der Preis ist hier die Demokratie. So geschieht es momentan im Fall des Dienstleistungsabkommens TiSA. Im Rahmen des Abkommens sollen öffentliche Dienstleistungen reguliert und für den globalen Markt geöffnet werden, möglichst so, dass es nie mehr einen Weg zurück gibt. Wie gross die Macht der Wirtschaft gegenüber der Politik ist, sieht man daran, wie das Abkommen ausgehandelt wird. Es reicht nicht, die Motion als Postulat entgegenzunehmen und nach Abschluss der Verhandlungen einen Bericht über die Folgen des TiSA für die Stadt zu erstellen. Es ist wichtig, sich aktiv und vor Abschluss der Verhandlungen deutlich gegen TiSA zu äussern. Mit TiSA verlieren die*

Menschen das Recht, darüber mitzuentcheiden, wie wir unsere Gesellschaft organisieren wollen. Die SP unterstützt beide Vorstösse der Grünen.

Severin Pflüger (FDP): *Marktwirtschaft dient dazu, dass der Einzelne die Möglichkeit hat, sich wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich zu entwickeln und fortzubewegen, sich zu bilden und Wohlstand zu erwirtschaften. Wir wissen nicht, was im TiSA-Abkommen steht und ob es jemals zustande kommen wird. Beim Geltungsbereich, der offiziell verhandelt wird, liegt der Fokus auf den sogenannten freien Berufen. Juristische und Gesundheits-Dienstleistungen, Dienstleistungen von Architekten, Veterinären, Elektronikunternehmen, Städtebauern etc. Berufe also, die auf der ganzen Welt hoch kartellisiert sind, zum Schaden des Konsumenten. Wenn man etwas für den Konsumenten machen will, sollte man solche Verhandlungen unterstützen. Wir dürfen uns nicht gegen solche Verhandlungen verwehren. Diese werden nach dem Völkerrecht durchgeführt, wer dem Völkerrecht keinen Vorrang geben will, darf gerne die SVP-Initiative unterschreiben.*

Martin Götzl (SVP): *TiSA liegt in der Bundeskompetenz, alles Debattieren hat nur einen geringen Nutzen. Stossend ist, dass Bürger der Schweiz keine Informationen erhalten. Misstrauisch macht, dass Verhandlungen auch nach über fünf Jahren nicht transparent gemacht werden. Unhaltbar erscheint, dass bei einer Annahme von solchen Verträgen nicht mehr gekündigt werden kann. Beim Grundsatzentscheid würde der demokratische Prozess noch funktionieren. Das Parlament in Bern – und mittels Referendum das Volk – könnte darüber abstimmen. Die demokratische Mitbestimmung wäre spätestens mit der Übernahme solcher Verträge beendet. Bei einer Weiterentwicklung wäre das Volk ausgeschlossen. Die institutionelle Anbindung lehnen wir ab, sagen Nein zu fremden Richtern und Ja zu einer TiSA-freien Zone. Dementsprechend unterstützen wir das erste Postulat. Dies zeigt dem Bund bei der Annahme lediglich, dass aus Zürich mit Widerstand zu rechnen wäre. Weitere Aktivitäten sind jedoch wenig sinnvoll. Bei einem allfälligen Abschluss der Verhandlungen, wird es mit einem Referendum zu einer Volksabstimmung kommen. Die SVP wird deshalb das zweite Postulat nicht unterstützen.*

Marcel Bührig (Grüne): *Wir mischen uns nicht in bundeseigene Angelegenheiten ein. Wir sagen nicht, was der Bundesrat zu machen hat. Wir möchten uns als Stadt nur so positionieren, um ein Zeichen an Bundesbern auszusenden, dass das Abkommen nicht akzeptabel ist. Auch wenn dies nur ein symbolisches Zeichen ist. Es ist eine Angelegenheit für ein kommunales Parlament. Wir können als Stadt sagen, dass wir das nicht möchten und unseren Service Public behalten wollen.*

Dr. Pawel Silberring (SP): *Dieses Abkommen mit ein paar allgemeinen Floskeln abzutun, wird seiner Bedeutung nicht gerecht. Die Schweiz hat eine lange Liste von Ausnahmen für die Negativlisten eingegeben. Diese geben aber den heutigen Zustand wieder. Alles, was man später ändern will, ist unwiderbringlich verpasst. Die «Rates-Regeln» sollen nur für diskriminierende Regelungen gelten, bei denen ausländische Anbieter benachteiligt werden. Das Problem dabei: Was als diskriminierend eingestuft werden soll, ist völlig offen. Bei den Freihandelsabkommen wurde auch eine Kompensation für Enteignungen in die Abkommen geschrieben. Dabei meinte man aber*

auf keinen Fall den kreativen Eigentumsbegriff, den heute Juristen für ihre Milliardenklagen anwenden. Normal gilt, was dem Investor passt – alles andere ist materielle Enteignung. TiSA verspricht, dass direkte Klagen von Firmen gegen Staaten nicht möglich sind. Aber es ist nicht auszuschliessen, dass analog zur Steueroase, Länder ihren Standortvorteil damit anpreisen, dass sie versprechen, die Klagen von Firmen wohlwollend zu übernehmen. Das «Future Proofing» ist ein weiteres Problem. Wir wissen nicht, was die Zukunft für Dienstleistungen bringt. Wir wissen nur, dass sie zwingend privat sein müssen. Sonst nehmen wir künftigen Generationen die Freiheit, alles so zu organisieren, wie sie es haben wollen. Natürlich sind die Möglichkeiten eines Gemeindeparlaments darauf Einfluss zu nehmen, beschränkt. Aber alles andere als eine Annahme wäre ein Rückenschuss für die, die sich darum bemühen, dass Verträge so abgeschlossen werden, dass das Recht und der Interessenausgleich im Fokus steht und nicht das Festschreiben einer Ideologie.

Roger Liebi (SVP): Mit dem TiSA glaubt man, die öffentlichen Dienste seien betroffen. Deshalb ist man ausnahmsweise einmal gegen institutionelle Abkommen mit anderen Staaten. Man ist für einen EU-Beitritt, für die institutionelle Anbindung an die EU und somit für die automatische Übernahme des EU-Rechts. Jetzt ist plötzlich alles wichtig, was man vorher immer verteidigt hat. Wir wissen nicht, was wirklich verhandelt wird. In den TiSA-Verträgen soll aber explizit geregelt werden, dass die Öffnung des Arbeitsmarkts frei sein wird. Dies betrifft aber nicht nur den öffentlichen Dienst, sondern die gesamten Finanzdienstleistungen, die übergreifend frei gegeben werden sollen, ohne grosse Kontrolle. Man könnte die eigene Hohheit über die Rechtssetzung verlieren. Deswegen sind wir stringent und haben auch hier keine andere Meinung. Bei beiden Fragen müsste man uns hier folgen, bei der Zuwanderungsfrage genauso wie bei der institutionellen Übernahme des EU-Rechts.

Niklaus Scherr (AL): Wir unterstützen beide Vorstösse. Grundsätzlich ist es so, dass ein solcher Vertrag, der die politische Gestaltung der Zukunft eines Landes, die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten quasi präventiv begrenzen, einschränken und die ganze zukünftige politische Entwicklung in eine Einbahnstrasse Richtung Privatisierung und Liberalisierung zwingen will, nicht nur Bern betrifft, sondern auch die unterste Staatsebene. Faktisch wird es in Bern entschieden, aber ausbaden müssen wir es. Wir werden bei allen Möglichkeiten, wie wir jetzt unser Staatswesen organisieren, eingefroren. In diesem Punkt hat die SVP in Bezug auf die EU nicht unrecht. Wir müssen diskutieren, wieviel Gestaltungsmöglichkeit wir als Demokratinnen und Demokraten in unserem Land haben wollen. Und dies bis auf die Ebene der Gemeinden. Diese grundsätzliche Diskussion wird sich auch bei der Frage eines Rahmenabkommens mit der EU nicht anders stellen.

Adrian Gautschi (GLP): Die Schweiz ist auf drei Ebenen organisiert: Bund, Kanton, Gemeinden. In der Bundesverfassung ist festgehalten, dass hier der Bund zuständig ist. Bei Angelegenheiten, die die Kantone betreffen, werden diese miteinbezogen. Die meisten Parlamentarier haben auf kantonaler und nationaler Ebene ihre Vertreter und sollen diese angehen. Wir sind als Stadt nicht zuständig dafür, ganz egal, ob das Abkommen gut ist oder nicht. Das sieht man in der parlamentarischen Debatte und letztlich gibt es auch noch eine Volksabstimmung. Deshalb unterstützen wir die beiden Vorstösse nicht.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Wir malen nicht schwarz. Auf der SECO-Homepage war zwar zu lesen, dass der ganze Bereich des Service Public nicht dazu gehöre. Es geht aber darum, ob es noch gewisse Leistungen für alle gibt oder eben nicht mehr. Selbst dann, wenn man in der Negativliste den Service Public auslässt. Es ist praktisch nichts ausgeschaltet. Der Druck muss jetzt aufgebaut werden. Dass schon Sachen öffentlich sind, dass sich das SECO äussern muss und Widerstand da ist, hat schon gewisse Bereiche der Argumentation verändert. Es gibt danach keine Vernehmlassung, wo alle mitreden können. Es gibt einen fertig verhandelten Vertrag und das Parlament kann nur noch Ja oder Nein sagen. Die Weiterentwicklung der Demokratie ist damit unmöglich. Es gibt keine internationalen Abschlüsse, wenn nicht die direkte Demokratie dabei erhalten werden kann.*

Markus Hungerbühler (CVP): *Offensichtlich wollte man die Antwort des Stadtrats nicht lesen. Dort sind die Antworten der Abklärungen beim SECO, aber auch die Antworten des Bundesrats klar formuliert. Trotzdem kommen die Motionäre auf ein anderes Ergebnis. Wir werden bei unserem Nein bleiben.*

Roger Liebi (SVP): *Die GLP merkte an, dass der Gemeinderat nicht Einfluss auf Kanton und Bund nehmen sollte. Doch die GLP hat dasselbe getan, vor allem in Bezug auf das Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende.*

Severin Pflüger (FDP): *Gesetze werden, bevor sie ins Parlament kommen, immer geheim vorbereitet. So ist es auch beim Völkerrecht. Dass die Gestaltungsmöglichkeiten beim Völkerrecht enger gesetzt sind, ist uns bewusst. Aber auch dort ist es ein Prozess der Verhandlung und diese findet im Geheimen statt. Man kann niemandem den Vorwurf machen, dies nach den allgemeinen Gepflogenheiten zu handhaben.*

Katharina Prelicz-Huber (Grüne) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Markus Hungerbühler (CVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2015/343 (statt Motion GR Nr. 2015/17, Umwandlung) wird mit 83 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1362. 2015/19

**Postulat der Grüne-Fraktion vom 21.01.2015:
Verhandlung über ein «Trade in Services Agreement (TiSA)», Auswirkungen des Abkommens für die Stadt sowie Möglichkeiten für ein Engagement gegen das Vorgehen des Bundesrats**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

6 / 6

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2015/17 (Beschluss-Nr. 1361/2015).

Katharina Prelicz-Huber (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 662/2015).

Markus Hungerbühler (CVP) begründet den namens der CVP-Fraktion am 4. März 2015 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 62 gegen 60 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat